

Position

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **81 (2001)**

Heft 2

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

UNNÖTIGE EU-HEKTIK

Es war zu befürchten, dass die bevorstehende Volksabstimmung über die Initiative «Ja zu Europa» zu einer Verwirrung der Geister führen würde. Nachdem Bundesrat und Parlament die Initiative mit guten Gründen zur Verwerfung empfohlen haben, wird nun von der breiten, heterogenen Koalition der Befürworter eine scheinheilig eifernde Kampagne inszeniert, die sich, wenn die Initiative scheitert, erst recht als kontraproduktiv erweisen wird. Dass die Ja-Parole teilweise auch nur aus taktischen Gründen unterstützt wird, um ein schlechtes Abschneiden der Initiative zu verhindern, rückt die Glaubwürdigkeit der betreffenden Politiker und generell der schweizerischen Integrationspolitik in ein diffuses Licht. Sind die unmissverständlichen Aussagen vor der Abstimmung über die bilateralen Verhandlungen bereits in Vergessenheit geraten? Der Souverän hat vor weniger als einem Jahr mit eindrücklicher Mehrheit einer Strategie zugestimmt, die eine sorgfältige Prüfung der Erfahrungen mit diesem komplexen Vertragswerk und allenfalls die Evaluation von Ergänzungen vorsieht, bevor weitere Schritte in Richtung EU-Beitritt unternommen werden. Noch sind die bilateralen Abkommen von der EU nicht einmal ratifiziert, und schon werden vom Bundesrat wieder widersprüchliche Signale ausgesandt. Wenn die EU aus dem geradezu masochistischen Treiben rund um die Initiative eine Schlussfolgerung ziehen will, dann vermutlich die, dass man die Schweiz ziemlich unverschämt unter Druck setzen kann ...

Warum soll ausgerechnet jetzt – und zudem mit einem verfassungsrechtlich hochproblematischen Ultimatum an die Landesregierung – die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU beschlossen werden? Denn darum geht es konkret am 4. März und nicht um ein idealistisches «Ja zu Europa»! Wie üblich wird in der Kampagne der Initianten der Pferdefuss des Begehrens schamhaft kaschiert. Die Regierung würde in Bezug auf das wichtigste Element jeder Verhandlungsstrategie, nämlich die Wahl des optimalen Zeitpunktes, in ihrer Handlungsfreiheit massiv eingeschränkt. Sie müsste noch vor Abschluss des Ratifikationsverfahrens zu den bilateralen Abkommen die Pferde wechseln. Selbst wenn die Verhandlungspartner sich vermutlich wenig Illusionen über ein erfolgreiches

Referendum zu einem forcierten Beitrittsbeschluss in wenigen Jahren machen dürften, so würde wohl ihr Appetit nach zusätzlichen Forderungen wachsen – etwa bezüglich Zinsbesteuerung, Amtshilfe und anderen Rosinen. Aus dieser Perspektive ist auch der Wunsch nach einem möglichst knappen Resultat der Abstimmung völlig verfehlt.

Was treibt die Euro-Turbos an, einmal abgesehen von der Lust an einer polarisierten und voraussichtlich gerade darum kontraproduktiven innenpolitischen Auseinandersetzung mit der AUNS und ihrer Gefolgschaft? Wenn man die schillernden Argumentationen näher besieht, so stechen neben den üblichen, die mächtigen ökonomischen Realitäten und politischen Perspektiven in der real existierenden EU ignorierenden, philoeuropäischen Zukunftsvisionen vor allem die Wunschvorstellungen nach verstärktem sozialpolitischem Schutz vor weiterer Liberalisierung und Globalisierung ins Auge. Die SP und die Gewerkschaften setzen ihre Hoffnungen in die höheren europäischen Standards beispielsweise bezüglich Arbeitszeit, Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Konsumentenschutz – die höheren Niveaus bei Arbeitslosigkeit, Zinsen und Steuern werden nicht in die Rechnung einbezogen. Dass man bei ökologischen Vorkehrungen, etwa gegenüber einem sich intensivierenden Transitverkehr und in der Landwirtschaft, oder bei der direkten Demokratie einige Errungenschaften aufs Spiel setzen könnte, wird wohlweislich nicht erörtert. Dem «Fortschritt», der so unbedarft beschworen wird, haftet viel Rückschrittliches an, wenn man in Europa nur den sicheren Hafen sozialstaatlicher Besitzstandswahrung sieht.

Die europäische Integration wird ohne Zweifel langfristig eine ernst zu nehmende Herausforderung für die schweizerische Aussen- und Innenpolitik bleiben. Aber mit einem falschen aussenpolitischen Timing und fragwürdigen innenpolitischen Motiven ist niemandem gedient. Es geht am 4. März nicht um Jetzt oder Nie. Auch nach einem Nein müssen die Optionen offen bleiben und in den nächsten Jahren ohne Hast und mit aller Sorgfalt in der Abwägung der eigenen Interessen geprüft werden. Ob und wann daraus einmal ein Beitritt resultiert, wird nicht heute in Regierungsprogrammen, sondern dereinst durch den Souverän entschieden. ♦